

reichsteuerfreien Einkommens durch die Gemeinden wird gemäß § 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Reichsteuergesetzes vom 22. Dezember 1920 einschließlich ab eine Steuer von der Hälfte des reichsteuerfreien Einkommens zu erheben. Bei Steuerpflichtigen, bei deren Veranlagung ein steuerfreier Einkommensanteil von nicht mehr als 1500 Mark berücksichtigt wird, wird der ganze steuerfreie Einkommensanteil herangezogen.

Punkt 2.
Die Steuer wird nur erhoben,
a. wenn das steuerbare Einkommen bei dem in Art. 1 Satz 3 genannten Einkommensteuerpflichtigen mindestens 8000 M. beträgt,
b. wenn das steuerbare Einkommen bei sonstigen Einkommensteuerpflichtigen mindestens 7000 M. beträgt.

Diese Grenze von 7000 M. erhöht sich
auf 8000 M., wenn der reichsteuerfreie Einkommensanteil mehr als 2000 M. bis einschl. 3000 M. beträgt,
auf 9000 M., wenn der reichsteuerfreie Einkommensanteil mehr als 3000 M. bis einschl. 4000 M. beträgt,
auf 10000 M., wenn der reichsteuerfreie Einkommensanteil mehr als 4000 M. bis einschl. 5000 M. beträgt und
auf 11000 M., wenn der reichsteuerfreie Einkommensanteil mehr als 5000 M. beträgt.

Soweit durch diese Regelung besondere Härten entstehen, kann teilweiser oder völliger Erlass der Steuer gewährt werden.

Deutliches und Sächliches.

Miesitz, den 24. Januar 1921.

— **Öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Miesitz am Dienstag, den 22. Januar 1921, nachmittags 5 Uhr.** 1. Voranschlag für die Wasserwerkstätte auf das Jahr 1921. Berichtshalter: Herr Stadtd. Langenfeldt. 2. Voranschlag für die Gaswerkstätte auf das Jahr 1921. Berichtshalter: Herr Stadtd. Dörmann. 3. I. Nachtrag zum Entwurf über die Straßen- und Fußgängerüberwege. Berichtshalter: Herr Stadtd. Baumh. 4. Bewilligung der Mittel zur Aufstellung eines Gedenkstein-Steinherdes im südlichen Grundstück am Rundweg 4. 5. Bewilligung von 400 M. zur Beschaffung von Röhren im Interesse des Vogelzuges. 6. Gehalt des Wärters des Schlauplatzes um Uebernahme der Kosten für die elektrische Beleuchtungsanlage durch die Stadt. 7. Gehaltsänderungen des Arbeits-Vereins des S. A. D. V. 8. Antrag der 10. Fraktion, betr. den VII. Nachtrag zur Gemeindeverordnungs- (Einkommensteuer) vom reichsteuerfreien Einkommensanteil. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

— Die heilige Ortsgruppe des S. A. D. V. in Miesitz hat am 21. Januar 1921 in den letzten Tagen einen Zuwachs von 21 Einzelmitgliedern und 3 korporativen Mitgliedern (Verein Eichenlaube, Verein für Volkserziehung und Kunstpflege, Chorverein Miesitz) erfahren. Den Einzelmitgliedern wie den Mitgliedern der korporativen angeschlossenen Vereine stehen erhebliche Vorteile bei den Veranstaltungen des S. A. D. V. zu. So ermäßigen sich für viele die Eintrittspreise für die bevorstehenden Vorstellungen der Einzelmitglieder sehr gütig und werden für die Einzelmitglieder (anstatt 10,00 Mark) auf 5,00 Mark für die Einzelmitglieder und auf 5,70 Mark für die Korporativen im Abonnement, für 1. Platz (anstatt 7,00 Mark für Einzelmitglieder) auf 5,20 Mark bzw. 4,20 Mark, für 2. Platz (anstatt 4,00 Mark) auf 2,20 Mark bzw. 1,65 Mark. Die Mitglieder des S. A. D. V. haben drei Tage vor Beginn des öffentlichen Vorverkaufs Gelegenheit, in der Vorverkaufsstelle Miesitz sich zu wählen. Einzelmitglieder oder Mitglieder der korporativen angeschlossenen Vereine gehen mit der Mitgliedskarte des S. A. D. V. bzw. mit der Mitgliedskarte ihres Vereines in die Vorverkaufsstelle (Hoffmanns Buchhandlung) und erhalten dort ihre Eintrittskarte zu dem erwähnten herabgesetzten Preise. Den in den letzten Tagen in die Ortsgruppe Miesitz des S. A. D. V. neu aufgenommenen Einzelmitgliedern können die Mitgliedsarten des S. A. D. V. erst später von Dresden aus angefordert werden. Es liegt aber eine Liste dieser Einzelmitglieder in der Vorverkaufsstelle aus, wodurch eine Legitimation dieser Mitglieder gewährleistet ist. Weitere Anmeldungen zur Einzel- und korporativen Mitgliedschaft im S. A. D. V. (Einzelmitglieder mindestens 10 Mark, korporative Mitglieder mindestens 30 Mark Jahresbeitrag) nehmen die Buchhandlung Joh. Hoffmann, Hauptstr. 36, Tel. 107, und der Vorsitzende der Ortsgruppe Miesitz des S. A. D. V. Herr Oberlehrer Schönebaum, Hauptstr. 20, Tel. 162, entgegen.

— **Theaterabend.** In der Aufführung am kommenden Mittwochabend im Hotel Höpner wird uns noch mitgeteilt: Während eines Gastspiels in Frankfurt schrieb die Zeitung: „Wo am Dach die Schwalben nisten, da wohnt das Glück.“ Hieran hat Leo Kanner und Hans Lorenz ein Volkstück geschrieben. Die Dichter haben hier ein prächtiges Werk geschaffen, alle Figuren sind edel und glaubt man mit ihnen zu leben. Ein edles, reines Theaterstück, voll Humor und Sentimentalität, so gelacht und gleichzeitig geweint ist lange nicht im Theater worden. Mit einem lachenden und weinenden Auge verließ man das Theater.

— **Die deutschen Kammerkünstler Dresden.** Die vor einem halben Jahre bei Höpners mit der Opergilde „Es fiel ein Reif...“ von Löwenberg (?) auftraten (ein Stück, das — abgesehen vom Schluss — sehr große Ähnlichkeit mit dem „Reif“ von Glogowski hat), traten gestern im „Stern“ bei auf dem Saal die Opergilde „Ohne Dich kein Glück“ von Hermann auf. Die Darstellung war mittelmäßig, im 3. Akt fiel die A. unter dieses Niveau (Verständnis der Frau und Revoluzzer), jedoch die Publika noch Beifall klatschten. Der Souffleur hatte ziemlich viel Arbeit.

— **Gewerkschaften.** Gewerkschaften waren gestern nachmittags hier zu beobachten. Gegen 3 Uhr wurde ein Blitz auf dem deutlich vernehmbaren Donnerrollen folgte. Die elektrische Entladung war begleitet von einem heftigen Schneegestöber und einem verstärkten Toben des Sturmes.

— **Familienabend der Ergebliger und Wogtländer.** Der am Sonntagabend im geschmückten Saal des Hotels Höpner abgehaltene Familienabend des Vereins Ergebliger und Wogtländer hat wohl jeden Besucher zufrieden gestellt. War er auch leicht und einfach, so war er doch dafür um so gemütlicher. Von den zwei gehaltenen Theaterstücken „Ein Weihnachtsabend beim Polypenbesitzer“ und „Der erste Sommerfriseur“, konnte sich besonders das letztere eines größeren Beifalles erfreuen. Wieder zur Laute und ein humoristischer Gesang in ergiebiger Mundart wechselten mit den theatralischen Darstellungen. Nach 10 Uhr begann der eigentliche Ball. Der Vorsitzende des Vereins nahm Gelegenheit, allen Anwesenden den gebührenden Dank auszusprechen.

— **Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung.** Die bereits seit einiger Zeit in Aussicht genommene Besprechung von Vertretern der sächsischen Regierung, der Stadt Bautzen und der Amtshauptmannschaften Bautzen und Auerbach mit dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister über Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitsbeschaffung hat am 22. Jan. im Reichstagsgebäude stattgefunden. Im Verlauf der mehrstündigen Aussprache, bei der die sächsischen Vertreter die besondere Rolle des Sächsischen eingehend hervorhoben, sagte der Reichsarbeitsminister im Zusammenhang mit dem Reichsfinanzminister zu, sich beim Reichsminister für eine Erhöhung der jetzt geltenden Unterstützungssätze für Erwerbslose auf Grund von § 9, Abs. 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge einzusetzen. Das Reichsministerium wird sich nunmehr über die Bewilligung der Mittel schlichtig zu machen haben.

— **Die Preisverdoppelung der Substitutionsmaximen.** Am 21. Januar d. J. hat

in Berlin eine Sitzung des Ständigen Ausschusses des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten stattgefunden, an der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Reichspostministeriums und Reichsversicherungsamtes teilgenommen haben. Von den Vertretern des Reichsversicherungsamtes wurde erklärt, daß der durch den Berliner Sozial-Anzeiger und andere Blätter am 14. d. Mts. veröffentlichten Nachricht über die Preisverdoppelung der Invalidenrenten nicht eine sachliche Entscheidung des Reichsversicherungsamtes zu Grunde liegt; vielmehr hat das Reichsversicherungsamt nur den formellen prozessualen Weg gewiesen, auf dem eine derartige Beitragssteigerung zum Ausdruck gebracht werden könnte. Die sachliche Entscheidung des Reichsversicherungsamtes müßte vorbehalten bleiben. Mit dieser Maßnahme einigte man sich dahin, daß die Beitragssätze (drücklicher Wert 90, 100, 110, 120 und 140 Pfennig) vom 20. Dezember 1920 ab nur zum doppelten Wert zu beschaffen und zu verwenden sind, auch soweit es sich um zurückliegende Zeiten handelt.

— **Der Reichsleiter Bilo.** Dr. Bilmann im Apokalyptischen Bilarat. Das Apokalyptische Bilarat der sächsischen Erblande wurde durch Provisor Dr. Bilmann am 7. Januar 1921 dem Präsidenten und Administrator Grafen in Bautzen zur einstweiligen Verwaltung übertragen. Bis zur definitiven Besetzung sind also beide sächsischen Jurisdiktionen in einer Hand vereinigt. Graf Grafen hat die provisorische Verwaltung in Dresden am Freitag, den 21. Januar, angetreten.

— **Großes Konzert der Vereinigten Miesitzer Männergesangsvereine mit Kreis Chor.** Am 21. Januar d. J. werden in Miesitz, an dieser Stelle noch auf die Konzert-Anzeige in dieser Nr. aufmerksam zu machen, wonach das Konzert morgen Dienstag pünktlich 7,8 Uhr anfangen wird und mit Beginn die Saalplätze geschlossen werden. Der Reinertrag, der bei einem Erlöse erheblich zu werden verspricht, fließt der Kinderhilfe zu. Wie zu erwarten war, wendet sich dem diesigen Auftreten der Frau Kreis Chorleiterin lebhaftes Interesse zu.

— **Ein teurer Karnickel.** Die Arbeiter Friedrich Ernst Mattusch und sein Sohn Otto Ernst Mattusch standen wegen schweren Diebstahls beim weissen Berggericht vor der hiesigen Strafkammer des Dresdener Landgerichts. Beide Angeklagte wohnen in Leisnig, Amtshauptmannschaft Großenhain. Im Sommer vergangenen Jahres hat Mattusch senior aus einem Kampfflägel in Leisnig einen roten Hund im Werte von angeblich 1600 Mark, um sich zu Hause einen Karnickel zu kaufen, sein Sohn leitete dabei Beihilfe. Das Gericht verurteilte den Vater zu vier Monaten, den Sohn zu einem Monat Gefängnis.

— **Beschäftigung ausländischer Arbeiter.** In einer sächsischen Zeitung wird klage darüber geführt, daß die deutsche Landwirtschaft ausländische Arbeiter in größeren Mengen zu beschäftigen gedente und daß in Nr. 3 der „Sächsischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift“ eine Vermittlung von ausländischen Arbeitern unter genauer Mitteilung der Arbeitsbedingungen angeboten worden ist. Die sächsische Regierung, und zwar ebenso das Reichsministerium, stehen dieser Vermittlung völlig fern. Sie ist ohne ihr Wissen erfolgt. Die darin genannten Bedingungen sind diejenigen, welche die deutsche Arbeiterzentrale in Berlin für die Vermittlung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter für 1921 aufgestellt hat. Die sächsische Regierung teilt vollkommen den Standpunkt, daß eine Beschäftigung fremdländischer Arbeiter nur dann erfolgen darf, wenn deutsche Arbeiter nicht zur Verfügung stehen, und auch dann nur zu den gleichen Löhnen, wie sie für die deutschen Arbeiter vereinbart sind. Die Landwirtschaft selbst hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht möglich sei, von einer Beschäftigung ausländischer Arbeiter ganz abzusehen und zwar insbesondere mit Rücksicht auf den Ackerbau. Eine unnötige Beschäftigung von Ausländern ist nicht bloß um der deutschen Arbeiter willen unbedingt zu vermeiden, sondern auch wegen der Lebensmittelpolitik in Deutschland. Die Frage, ob und inwieweit die Beschäftigung ausländischer Arbeiter überhaupt zugelassen werden soll, wird schon seit einiger Zeit bearbeitet. Die Entscheidung liegt bei der Reichsregierung. Die genannten sächsischen Ministerien haben sich aber mit der Angelegenheit zu befassen gehabt. Ihnen hat ein Entwurf von Richtlinien und Grundrissen vorgelegen, den die Reichsregierung aufgestellt und zur Beauftragung überhand hat. Im Zusammenhang mit der Landesarbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat die sächsische Regierung verlangt, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in jedem Falle von einer Prüfung des Bedarfs und von einer besonderen Genehmigung abhängig gemacht werden müsse und daß die Löhne für die deutschen Arbeiter unbedingt einzuhalten seien. Die sächsische Regierung hat eine schnelle Regelung der gesamten Frage gewünscht und ist bei der Reichsregierung dringlichst geworden; diese Verordnung soll eine unzulässige Beschäftigung fremdländischer Arbeiter unter sehr hohen Erfolge stellen.

— **Ärztung der Suchtkranke.** In der Zeit vom 17. bis 27. Januar findet die diesjährige Ärztung der im Privatbesitz befindlichen Suchtkranke statt. Angeordnet sind hierzu 161 Plätze, während bis jetzt nur in den Jahren 1918 und 1919 zwischen 50 und 60 bezogen. Die Zahl für 1920 beträgt 601. Sie kann zum Vergleich nicht herangezogen werden, da wegen Auswahl von Deutschen für Frankreich und Belgien alle im Lande vorhandenen Plätze bei der Ärztung vorgezogen werden mußten. Es ist somit ein recht erheblicher Zuwachs eingetreten, der im Zusammenhang mit der starken Ausbreitung der Heroin- und Kokain-Sucht steht. Neben den angeführten Suchtkranken stehen den Ärzten die Plätze der sächsischen Landesanstalten zur Verfügung. Diese Stationen, deren Zahl sich jetzt auf 36 beläuft, werden mit insgesamt 140 Plätzen besetzt, unter denen sich 48 Plätze des Reichs- und Landes-Verwaltungsbereichs befinden. Die hier und da in Häusern aufgestaute Suchtkranke, die die Aufnahme des Landes-Verwaltungsbereichs verweigern, ist grundlos.

— **Im Sprengstoffversteck werden Wasseraufbereitungen durch die im einzelnen Falle die Besondere**

Die vorstehenden Bestimmungen treten rückwirkend vom 1. April 1920 ab in Kraft.
Miesitz, den 22. Dezember 1920.
Der Rat der Stadt Miesitz.
L. S. (ges.) Dr. Schreiber, Bürgermeister. L. S. (ges.) Alf. Romberg, Vorsteher
1488 II.
Vorstand VII. Nachtrag zur Gemeindeverordnungs- (Einkommensteuer) vom reichsteuerfreien Einkommensanteil mit dem Kreisamt Dresden, am 8. Januar 1921.
Die Kreisamtsverwaltung.
L. S. (ges.) Krug v. Ribba und v. Falkenstein.

Abgabe von Brenntorf und gestieher Rohkohle.

Auf Veranlassung der Kohlenknappheit hat die Stadt einen weiteren Vollen Brenntorf und gestieher Rohkohle besogen, der an diesem Donnerstag zur Ausgabe gelangen soll. Die Ausgabe erfolgt Mittwochs, nachmittags von 1-1/2 Uhr im früheren Kauf-Interrim am Hauptplatz.
Der Preis beträgt für Brenntorf 14 M. für Steinkohle 6 M. für den Sennens. Braunkohle hierfür sind im Rathaus, Zimmer 5, während der Geschäftsstunden zu entnehmen.
Der Rat der Stadt Miesitz, den 24. Januar 1921. M.

im Badewagen der Schmal-, Öl- oder Petroleumgas erwärmt wird, zurückgewiesen. Als Wasseraufbereitung wird hierbei angesehen, wenn ein Abnehmer zu einem Bunde mehr als 10 Stück oder Bad oder mehr als 500 kg aufweist.

— **Arbeiterückfahrkarten.** Am 1. März 1921 werden die Bestimmungen über die Ausgabe von Arbeiterückfahrkarten geändert. Die neuen Bestimmungen sehen in der Hauptsache neben einer Erweiterung des Kreises der Berechtigten erhöhte Preise vor. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

— **Sächsischer außerordentlicher Minister** tag zu Dresden. Die Delegierten der sächsischen Arbeitervereine hatten sich am Sonntag in Anlehnung an den Reichstag in Dresden in außerordentlich großer Zahl versammelt, um zu den dringenden Interpellationen, insbesondere zur Reichsministerwahl, zu den Heimstättenverhältnissen, zum Reichsministerwahlgesetz und zum Sächsischen Grundsteuerreformgesetz Stellung zu nehmen. Der erste Vorsitzende des Bundes Deutscher Arbeitervereine und des sächsischen Landesverbandes, Herrmann Dresden, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung der Tagung hin, alsdann berichtete der Geschäftsführer des Bundes, Friedr. Berlin, über die Sitzung des Gesamtvorstandes in Berlin vom 15. bis 17. Januar, an welcher auch Vertreter der Spitzenvereine usw. teilgenommen hatten und in der weittragende, entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden. Baumeister Seidler-Dresden, Vorstandmitglied des Deutschen Bundes und des Landesverbandes, berichtete über die Dresdner „Mischlinien“ und die mit ihnen gemachten schlechten Erfahrungen, die bekanntlich zur Kündigung der mit den Hausbesitzern getroffenen Vereinbarungen geführt haben. Rechtsanwalt Groh-Dresden, 2. Bundesvorsitzender und Vorstandmitglied des Landesverbandes, ergründete diese Kündigungen und gab wichtige juristische Ratschläge. Dem Bericht des Geschäftsführers Kunze-Dresden folgte eine längere Aussprache. Der Landesverband legte am Sonntag im Anschluß an die Dresdner Protokollversammlungen seine Beratungen fort. Er stellte sich einmütig hinter die Forderungen des Bundes gegen die Ministerwahl, für die Heimstättenverhältnisse und für die unparteiliche Schaffung eines Reichsministerwahlgesetzes, das das heftigste Mitbestimmungsrecht des Wählerschaft und unbedingte den Friedenswert der Grundstücke festhält. Mit Erörterungen über den Ministerwahl schloßen die Verhandlungen; es wurde beschlossen, alle Vorbereitungen für den Streit als das letzte Kampfziel zu treffen.

— **Kadeberg.** Zur Orientierung über die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung veröffentlicht die bürgerliche Stadtverwaltung von Kadeberg eine längere Erklärung, in der sie ihre Gründe für ihr Vorgehen darlegt und unter Hinweis auf die den Bedürfnissen nicht entsprechende Verteilung der Ratsitze (drei bürgerlichen gegen sechs sozialdemokratische Vertreter im Rat gegenüber, zu denen noch der sozialdemokratische Bürgermeister kommt) die Notwendigkeit von Neuwahlen begründet. Die Erklärung schließt: Es ist tief bedauerlich, daß die Vertreter der Bürgerlichen durch die ablehnende Haltung der Herren von der Linken zu diesem überhasteten Schritt gezwungen worden sind. Die Bürgerlichen erklären solidarisch, daß sie auch weiterhin unter keinen Umständen gemißt sind, sich von der verhältnismäßig geringen Majorität tyrannisieren zu lassen.

— **Bad Schandau.** In der im Jahrgrunde gelegenen Villenkolonie wurden in vergangener Woche sechs Sommerhäuser zerstört, und teilweise erhebliche Beute an Wäsche und dergleichen Sachen gemacht. Die Besitzer der zerstörten und verschiedentlich regelrecht ausgeraubten Grundstücke sind durchweg Dresdner bekannte Persönlichkeiten.

— **Schandau.** Die Prinzställe, eines der so beliebten Waldhäuser unserer sächsischen Schweiz, wird als solches nur noch im kommenden Sommer geöffnet sein. Am 20. September geht das Grundstück an die Firma Hille u. Müller über, die dort Bureauräume und Beamtenwohnungen einrichten wird.

— **Paula.** In Thierbach hatte ein Landwirt neun schöne Kühe. Eines Morgens, als die Bauerfrau die Kühe aus dem Stall löst, kommt nur noch eine Herd heraus, die ein Plakat mit folgender Aufschrift trug: „Diese Mutter, heut' brauchst du wenig Futter, gestern waren wir noch neun, heute bin ich ganz alleine.“

— **Laura.** Im Gefängnis erkrankte sich der Wroklawer Kaffeebohnenhändler von hier, gegen den ein Verfahren schwebte. Plauen i. V. Einen gewissenlosen Erbsen hat der vermählte Sohn eines angesehenen Einwohners in Niederpöhlitz verurteilt. Der junge Mensch beneidete wohl den dortigen neuen Volkswalter Säger, einen Arzeneibeherrschenden, um dessen Stellung, und trachtete danach, selbst Volkswalter zu werden. Dies glaubte er dadurch zu erreichen, daß er nach Leipzig fuhr und sich dort mit einigen Bekannten in Verbindung setzte, denen er den Auftrag gab, nach Niederpöhlitz zu fahren und hier den Volkswalter zu besetzen. Zugleich gab er ihnen die nötigen Ratschläge, wie sie die Postkasse heranzubringen könnten. Als Sohn für die Erbsen wurden 10000 Mark ausbezahlt, worauf der Niederpöhlitzer sofort 8000 Mark zahlte. Am Sonntagabend früh mit dem ersten Zuge von Leipzig trafen nun fünf Männer hier ein. Da der Auftraggeber sich jedoch weigerte, die restlichen 7000 Mark vor Erledigung des Auftrages zu zahlen, zog es die künftliche Bande vor, der Volkswalter einen mehr freundschaftlichen Besuch abzustatten. Denn als sie dort den einfachen Mannes mit der kriegsbeschädigten Hand antrifft, erfährt sie ein merkwürdiges Nähen, und sie machten dem Volkswalter Säger Mitteilung von dem gegen ihn und die Postkassen gestellten Anschlag. Die Post war die schnelle Befreiung des Anklägers.

— **Verurteilung.** **Mitgelebte Verurteilung.** Unter dem Verdacht, den indischen Studenten Schönerling in Berlin ermordet zu haben, ist am Sonntag der Chauvinist Max Arnold in seiner Wohnung, Hauptstr. 35 in Niesitz, verhaftet worden. Mit ihm ist sein in der gleichen Wohnung wohnender Bruder, der Schlosser Norman, unter der Verhaftung genommen. Beiläufig an dem Verbrechen beteiligt zu haben, ist angenommen worden. Arnold war der Geliebte der Frau Schönerling, die das Ge-

Oberschlesische Woche zur Rettung Oberschlesiens!

Alles Nähere durch Inserate und Plakate.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag: „Die Glücksfälle“ mit Lotte Neumann.
 Nur 3 Tage. Ab Dienstag bis Donnerstag, den 27. Januar das große Spielwerk: **Der Kelch der Keuschheit**
 Drama in 5 Akten. In der Hauptrolle Wanda Treumann. Dazu ein erstklassiges Lustspiel.
Niemand versäume dieses Programm.
 Boranzeige! Demnächst **Nirwana** in 6 Akten, 28 Affe. Der größte Sensations-Detektiv-Collus der Gegenwart übertrifft alles bis jetzt Dagewesene. Der Roman ist an der Kasse käuflich. Bitte beachten Sie unsere Plakate Bettnerstr. 28.
 Um künftigen Aufpruch bittet die Besitzerin Anna Jach.

Vereinigte Rieser Männergesangsvereine vom Deutschen Sängerbund 180 Sänger

Dienstag, 25. Januar 1921 - Höfner-Saal
Großes Konzert zum Besten der Kinderhilfe
 Mitwirkung: **Grete Merrem-Ritisch**
 von der Sächs. Staatsoper zu Dresden.
 Karten zu 6, 4 u. 2 M. bei Jäger, Hauptstr. 79 und Wittig, Bettnerstr. 8
 An der Abendkasse 25% Aufschlag.

Die Konzertbesucher werden höflich gebeten, ihre Plätze bis 1/8 Uhr aufzusuchen, da das Konzert pünktlich 8 Uhr beginnen muß und zu dieser Zeit die Saaltüren geschlossen werden.

Vereinsnachrichten

Evgl. Bund. Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr Hauptversammlung in der Eibtrasse.
Rieser Sportverein e. V. Dienstag 7 Uhr Spiel-Ausgang, 8 Uhr Vorkonferenz. Mittwoch Übungsabend Damenabteilung, Waldlauf 7.30 Uhr Feldsch. Freitag 8 Uhr Spielerausgang. Samstag 7 Uhr Vorkonferenz. Sonntag 8 Uhr Mannschaftsversammlung 1. Elf. 11 Uhr.
Gesellschaft Adelitas. Einladungsversuche zu unserem großen Feste sind beim 2. Vorstehen oder im Vereinslokal Cafe Adler bis 26. d. M. anzubringen. Donnerstag, den 27. 11., abends 8 Uhr Vorstandssitzung.
Zwei-Vereinsung. Dienstag wichtige Vorstandssitzung im Ref. Dirich in Neu-Weiba. Erscheinen aller Vorstandsmitglieder dringend erwünscht.

Niehaag la Schokolade 100 g 5.00
 Detail: Borchs Kaffee 1/2 Pfd. 6.75
 Bahnhofstr. 3a In Kaffee 3.50
 Ecke Klotzstr. Kaffee, Doppeltiegel 5.50
 Engros: In Seifenpulver 2.00
 Bettnerstr. 26. Rum, Weinbrand, Eißer 30.00

Einen Posten Manchester samt
 an Kleibern, Kollimen und Angäsen
 sowie Schlafdecken
 hat billig abzugeben
G. verw. Säger, Bismardstr. 11, I., Gdhaus.

Schöne Formen

verleihen auf passende Maßkorsetts. - Große Auswahl an Stoffen. Berücksichtigung jed. Wunsches und Verwendung gegebener Materialien.

Nur Goethestraße 84!
Helene Mühle
 Korsettmäherin.

Chorverein Riesa.
 Mit Vorstandsbeschluss vom 22. d. M. ist der Chorverein Riesa korporatives Mitglied des Sächs. Röntgenhilfsbundes geworden. Gegen Vorzeigung unserer Mitgliedskarte erhält man in der Vorverkaufsstelle (Kosmanns Buchhandlung) vom 24. Januar ab Eintrittskarten zu den 8 Vorstellungen der Röntgenhilfs-Schaubühne (6.-13. Februar) zu bedeutend ermäßigten Preisen. Den Mitgliedern wird empfohlen, von dieser außerordentlichen Vergünstigung schnell regen Gebrauch zu machen.

Landw. Verein Riesa.
Versammlung
 Donnerstag, den 27. d. M., nachmittags 1/5 Uhr in der Eibtrasse. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Feuerhager über Unfall- und sonstige Steuern, sowie Brandschadenbeiträge und Feuerversicherung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erforderlich, da Saal nur einige Stunden zur Verfügung steht.
 Der Vorstand. Seyde.

Öffentliche Versteigerung.
 Im Auftrage der Firma Rieser Werke Einborn & Co. in Riesa werden am 28. Januar 1921, nachm. 4 Uhr im Kontor der genannten Firma an der Bismardstr. 11, I. 5000 kg Speiserübel für Rechnung wen es angeht, von mir öffentlich versteigert.
 Riesa, den 22. Januar 1921.
 Hans Fischer, Sächs. Notar.

Nutzholzverkauf
 im Revier Woblan, gegen Barzahlung: 100-120 Festmeter mittlere Kiefernstämmen. Schriftliche Angebote je Festmeter ab Montag bis 15. Februar an Forstverwaltung Woblan, Post Starik, Kreis Torgau.

Niehaag
 Gute Zigarren v. 50 Pf. an
 Gute Rauchtabak v. 3.50 an
 Gute Zigaretten v. 3.00 an
 Zigaretten von 10 Pf. an
 Ecks Klotzstrasse Wiederverkäufer Extravorteil.

Speise- und Futtermöhren
Gelbe Kohlrüben
 empfiehlt nur zeitweise
S. Grubbe, Bismardstr. 35a, Tel. 652.

Turnverein Nünchritz und Umgegend.
 Sonntag, den 30. Januar, nachm. 2 Uhr im Gesellschaftsraum Hauptversammlung. Tagesordnung: Berichte, Mitgliedsaufnahme, Neuwahlen, Anträge.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet der Turnrat.

ff. amerikan. Schweineschmalz
 in Risten à Pfd. 13.25 M. bei Mehrabnahme billiger. Bei Versand 50 M. Anzahlung. Tel. 60245. C. Bäcker, Weiba, Gemeindebetr. 3.

Schellfisch, Rabliau
 Dienstag früh frisch empfiehlt
Carl Jäger, Gröba.

Nickritz.
 Reines Schweineschmalz, weißes Pfund 14.50 M., Margarine in Würfel, Pfund 13.50 M., Preiselbeeren in Zucker, eingefocht, Pfund 6 M.,
Ida verw. Köhler, Riesa.

Schotten-Salzheringe.
 1920er Trademarke Fuls
 1920er Trademarke-Matfuss
 1920er Harnmouth-Matfuss
 empfiehlt nur schock- und fahweise
S. Grubbe, Bismardstr. 35a, Telefon 652.

Verein „Treue Freundschaft“ Gröba.
Winterveranstaltungen
 Sonnabend, 29. Januar 1921, im Hotel Höfner, Riesa. Beginn pünktlich 1/7 Uhr abends.
 Konzert der Kapelle Hummer, Riesa. Einzelsortimente, Gesangsverlosung und Ball.
 Jeder Teilnehmer wird gebeten, ein Geschenk mitzubringen. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen.
 Der Gesamtvorstand.

Preissturz!
 la rein weißes **Schweineschmalz**
 (kein Kunstfett)
Pfund 14.40
 empfiehlt
Emil Alinger, Bismardstr. 11a, Telefon 581
 gegenüber vom Restaurant Cambrinus.

Kernseife
 1/2 Pfd. (Doppelt.) 3.40 M., vollwert. Seifenpulver, Pfd. 3.50 M., gute Schmierseife, Pfd. 3.50 M., Seifenpulver, 3/4 Pfd. 2.40 M., Sandstichseife empf.
A. Wagner, Ede Schölk. u. Bismardstr.

Überbrüder Bettfedern
 wie selbige von der Gans kommen, Pfd. 24.50 M., sortierte Pfd. 29.50 M.,
Ernst Stewer, Walschewitz, Post Gleising, Oberbruch.

300 Ztr. Speisewiebeln
 trockene frostfreie Ware, 3tr. M. 80.-, verkauft
Franz Burkhardt, Strahls/Eibe.
 Fernruf 80.
 Morgen Dienstag früh
ff. Rabliau ff. Goldbarich.
 Clemens Bürger.
 Morgen früh frisch eintreffend
Schellfisch und Rabliau.
Ernst Schäfer Nachf.

Dienstag, d. 25. Januar, abds. 7/8 Uhr (Eibtrasse)
Jahres-Hauptversammlung
 der Kranken- u. Begräbniskasse. Erscheinen aller Kassemitglieder ist Pflicht. - Anschließend hieran 7/9 Uhr 2. Monatsversammlung der Ortsgruppe. Starke Besuch erwartet der Gesamtvorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, sowie den reichen und herrlichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte meiner innigstgeliebten Frau, unserer unvergesslichen guten Mutter

Liddy Brietzke

sagen wir nur hierdurch allen unsern herzlichsten Dank. - Dir aber, liebe Entschlafene, rufen wir ein „Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ in Dein allzufrühes Grab nach.
 Nun ruh'n die fleißigen Mutterhände, Die tätig waren immerdar.
 Wie ahnten nicht, daß schon Dein Ende So nah, geliebte Mutter, war.
 Drum ruhe sanft, Du gutes Mutterherz, Dir ist nun wohl, uns bleibt der Schmerz, O Elfi, am Begräbnistage.
 Der tieftrauernde Gatte Julius Brietzke nebst Kindern, Eltern und Verwandten.

Versteigerung.
 Mittwoch, den 26. Januar 1921, vormittags 1/10 Uhr versteigere ich im Auktionslokal Hotel Kronprinz hier selbst im Auftrage wegen Annahmeverweigerung nachstehende neue Möbel, als: 1 Kleiderschrank, 1 Wäscheschrank, 1 Vertiko, 1 Sofa (Silbergrau), 1 Truemeubel, 1 Waschkommode mit Spiegel, 2 Bettstellen, 2 Patentmatratzen mit Auflagen, 2 Nachtschränken, 6 Rohrstühle, 1 Ausziehtisch, 1 Handtuchhalter.
 Riesa, **Herrn Scheide**
 Schulstraße 6. vereideter Auktionator u. Taxator.

Nach schwerer Krankheit verschied gestern früh 1/7 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Marie Schulze geb. Mohsan
 im Alter von 46 Jahren.
 Im tiefsten Schmerz zeigen dies an
Max Schulze u. Kinder.
 Riesa, Goethestr. 86, d. den 24. Januar 21.
 Beerdigung erfolgt Mittwoch nachm. 2 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute morgen unser lieber Sohn und Bruder, der Kaufmann

Kurt Lange
 im 33. Lebensjahre.
 In tiefem Schmerze
J. Lange, Lokomotivführer a. D., und Familie.
 Neugröba, 22. Januar 1921.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, 26. Januar, 2 Uhr nachm. von der Rieser Friedhofshalle aus statt.
 Blumenopfer werden dankend abgelehnt.

Herzlichen Dank
 allen denen, die uns durch Wort, Schrift und reichen Blumenschmuck beim Einscheiden unseres lieben unvergesslichen Lötterchens und Schwesterchens Hilma zu trösten suchten. Dank auch für die trostreichen Worte am Grabe.
 Ein kurzer Traum nur war dein Leben, Doch wird uns nie dein Bild entweichen. Du wart gebrochen, ehe wir's gedenkt, Wie eine tolle Passagier über Nacht.
 Riesa, den 24. Januar 1921.
 Die trauernde Familie August Arnold und Angehörige
 Die heutige Nr. umschließt A. Riesa.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren.

Im Reichspostministerium wurde am Freitag und Sonnabend mit dessen Verkehrsrat unter dem Vorsitz des Reichspostministers der notwendig gewordene vorläufige Entwurf eines neuen Post- und Telegraphengebührenverzeichnisses durchberaten. Nach diesem dem Reichsrat und dem Reichstag vorzuliegenden Entwurf beschließt der Reichspostminister folgende neue Gebührensätze: für Briefe bis 20 Gramm 60 Pf., über 20-250 Gramm 1 M. 20 Pf., für Postkarten 40 Pf., für Drucksachen bis 20 Gramm 20 Pf., über 20-100 Gramm 40 Pf., über 100-250 Gramm 60 Pfennige, über 250-500 Gramm 80 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1 M., für Geschäftspapiere (ebenso wie für Briefe) bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1 M.; für Warenproben bis 250 Gramm 60 Pf., über 250-500 Gramm 80 Pf., für Päckchen (bis 1 kg.) 2 M.; für Pakete in der Postzone bis 5 Kilogramm 3 M., über 5 bis 10 Kilogramm 6 M.; über 10-15 Kilogramm 12 M., über 15-20 Kilogramm 18 M.; in der Fernzone dementsprechend 4, 8, 16, 24 Mark. Beabsichtigt ist ferner die Einführung einer Mindest-Jahresgebühr im Zeitungsverkehr von 1 M. 80 Pf. für die Jahresnummer sowie die künftige Erhöhung der Post, wenn sie die Verpackung der Zeitungen anstelle des Verlegers besorgt, hierzu erwachsenden Selbstkosten. Hierzu kommen einige Änderungen der Gebühren der Vorkategorie, die nach Genehmigung durch den Reichsrat im Wege der Verordnung einzuführen wären, nämlich die Erhöhung der Einschreibgebühr auf 1 M., die Einführung einer vom Empfänger zu entrichtenden Gebühr von 50 Pf. für die zweite Vorleistung von Postaufträgen und Nachnahmen, wenn der Empfänger Frist und eine zweite Vorleistung verlangt hat, ferner die Erhöhung der Einbestellgebühr für Briefe im Orts- bzw. Landbestellbezirk auf 1 M. 20 Pf. und 3 M. sowie für Pakete auf 2 M. 20 Pf., bzw. 5 M.; ferner beim Verkauf der amtlich herausgegebenen Postkarten, Postanweisungen und Kartenbriefe die Erhebung eines Zuschlages in Höhe der Selbstkosten für das Papier.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Post- und Telegraphengesetzes sieht vor die Festsetzung der Zahl der Gebührensätze auf 25 bei Beträgen bis 50 M. 50 Pf. bei Beträgen über 50-500 M. 1 M. bei Beträgen über 500-1000 M. und 2 M. bei Beträgen über 1000 M. ferner bei den baren Auszahlungen durch Postgeld die Erhöhung der festen Gebühr von 10 Pf. auf 20 Pf. Nach einem weiteren Gesetzesentwurf über die Änderung der Telegraphengebühren soll die Höchstgebühr für Telegramme um ein Drittel betragen bei gewöhnlichen Telegrammen 30 Pf., mindestens 3 M. bei Pressetelegrammen die Hälfte dieser Höhe.

Die vom Postbetriebe zu diesem Entwurf gegebenen Anregungen würden in ihrer finanziellen Wirkung mehr als die Hälfte der aus diesen Gebührenerhöhungen zu erwartenden Mehreinnahmen wieder in Wegfall bringen. Die Entscheidung über die endgültige Gestaltung der neuen Tarife muß hiernach den geschäftlichen Faktoren überlassen bleiben. Sämtliche Vorlagen — eine weitere Gesetzesvorlage, betreffend die Veränderung der Fernspreckgebühren, befindet sich noch in der Vorbereitung — werden nunmehr dem Reichsrat zugehen, um eine Übersicht über die vom Postbetriebe angeregten Änderungen. Von diesen Änderungen ist der Reichspostminister bereit, dem Reichsrat die Einführung einer Gewichtsstufe beim Brieftarif für Briefe über 20-100 Gramm zum Gebührensatz von 80 Pf. zu empfehlen, ferner bei den Drucksachen und die Ermäßigung der beiden ersten Gebührensätze von 20 und 40 Pf. auf 15 und 20 Pf., sowie die Herabsetzung der Einschreibgebühr auf 20 Pf., dies im Hinblick darauf, daß hierdurch das finanzielle Ziel der Vorlage voraussichtlich nicht in Frage gestellt wird.

WZB. meldet: Bei der neuen Post- und Telegraphengebührenvorlage handelt es sich, wie bereits der Herr Reichsfinanzminister dieser Tage erklärt hat, um eine finanzpolitische Maßnahme, die, ebenso wie auch bei der Eisenbahnverstaatlichung, notwendig geworden ist, um das vorhandene große und durch die vom Reichstage genehmigten neuen Personalansätze noch gesteigerte Defizit zu verringern. Der Haushalt der Reichspostverwaltung schließt für das Rechnungsjahr 1920 ab mit einem Soli-Defizit von 2,9 Milliarden Mark. Dieses Defizit wird sich nach den bisherigen Rechnungsergebnissen voraussichtlich auf 3 1/2 Milliarden Mark erhöhen. Für 1921 wird es sich auf 4 Milliarden Mark stellen. Durch die neue Gebührenerhöhung sollen 2 Milliarden Mark Mehreinnahmen erzielt werden, um so das Defizit zu erreichen, da sich das ganze Defizit nicht decken läßt. Die Frage, wie die Post mit der April v. J. eingeführten Gebührenerhöhung abgefunden hat, durch die 1 1/2 Milliarden Mark Mehreinnahmen aufgebracht werden sollten, beantwortet sich dahin, daß dieses Mehr für das Rechnungsjahr 1920 einkommen wird. Eine Verringerung der Betriebsausgaben durch Einschränkung des Personals sowie durch Vereinfachung der Organisation der Verwaltung ist zum Teil schon durchgeführt und wird weiter betrieben. Die in der Defizitliste vielfach vertretene Ansicht, daß sich auf diesem Gebiete noch außerordentliche Einsparnisse erzielen ließen, ist irrig. Nicht vollbekäftigte Kräfte, die ursprünglich auf Verminderung der Dienstleistungsleistungen bei der Post beschäftigt werden mußten, sind schon im letzten Jahre dauernd und wesentlich in der Zahl verringert worden. Die Abgleichung wird in gleichem Maße fortgesetzt. In Verbindung damit darf die Reichspostverwaltung feststellen, daß der Besetzungsvorgang bei ihrem Personal im Fortschreiten begriffen ist. Das im Bereiche der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ein gesteigertes Arbeiten wieder Platz greift, ist auch der Wunsch der großen Organisationskommission der Beamtenkassen. Wenn sich auch der Personalbestand den früheren nicht unerheblich übersteigert wird, muß man sich klar darüber sein, daß der Sprung von zehn Arbeitsstunden vor dem Kriege auf deren acht so erheblich ist, daß er sich auch bei intensiven Leistungen während einer achtstündigen Arbeitszeit nur durch eine entsprechende Mehrbeschäftigung von Personal ausgleichen läßt. Der ebenfalls vielfach erhobene Einwand, daß die Post zum Teil Personalpersonal beschäftigt, ist nicht stichhaltig. Da um Vertriebsbetriebe ausschließlich fremde Gegenstände, für die die Post Garantie zu leisten hat, behandelt werden, erfordert dies bei der Millionenzahl dieser Sendungen und ihren hohen Werten unbedingt eine hinreichende Aufsicht, die für die Sicherheit der Sendungen, soweit möglich, sorgt. Die gesamte Organisation der Reichspostverwaltung ist nach dem Ergebnis umfangreicher Prüfungen bereits nach Möglichkeit vereinfacht. Gleichwohl wird dauernd an diesem Gebiete nachhaltig weitergearbeitet. Nach allem, was durch die Beamtenkassen noch einige Hundert Millionen Mark voraussichtlich gewinnen lassen. Das Defizit von vier Milliarden Mark in der Hauptfrage auf diesem Wege zu beseitigen, ist jedoch unmöglich. Als einziger Mittel, den

Die Alliiertenkonferenz in Paris.

Der neugebildete Oberste Rat.

„Internationale“ schreibt: Die letzten Delegationen trafen gestern ein. Im Laufe der letzten vierundzwanzig Stunden, der auch Seydoux beizuhielt. Heute wird die erste Sitzung des neugebildeten Obersten Rates stattfinden, dessen Programm noch nicht festgelegt ist. Man wird kaum in 10 Tagen sämtliche Fragen gelöst haben. Man wird mit der Entwurfsfrage beginnen und erst wenn hierzu eine einstimmige Entscheidung erzielt ist, zur Wiederherstellungsfrage übergehen. Wenn das Projekt Seydoux angenommen werden sollte, müßte man sich fragen, ob auf die von Deutschland gestellten 5 Bedingungen eingegangen werden könne. Der „Internationale“ beantwortet diese Frage mit einem Nein. Denn die Ueberlassung Oberostens ohne Volksabstimmung sei unzulässig, wenn auch über die anderen Punkte sich schließlich eine Einigung hätte erzielen lassen. „Internationale“ schreibt: Wir werden keinen neuen Frieden haben, ehe nicht die Deutschen wissen werden, ob sie sich ihrer Schuld entledigen können und zwar innerhalb welchen Zeitraumes. Jede andere Lösung führt zum Betrug und zum Verrotten.

Die Arbeiten der Konferenz.

In einer längeren Besprechung der Arbeiten der beginnenden Konferenz sagt der Londoner Korrespondent der „Times“-Agentur, man dürfe die Politik militärischer Notwendigkeiten nicht einer Passade- und Oh-geizpolitik opfern, die nur eine vorübergehende und gefühlsmäßige Befriedigung geben könne. Es handle sich nicht so sehr um die Ablieferung von Kriegsmaterial, die in ihrer Gesamtheit betrachtet sei, sondern eher um die Entlohnung der militärischen Organisationen. Der Standpunkt des englischen und des französischen Generalsstabes ist nach dieser Richtung verschieden und es sei wahrscheinlich, daß man zu einer dritten Lösung gelangen werde. Aus diesem gemeinsamen Uebereinkommen werde eine tatsächliche Lösung entstehen, die für Frankreich und seine Verbündeten eine bessere Garantie sei als eine erzwungene Lösung der Entwaffnung. Die Reparationsfrage wird bei der Besprechung der finanziellen Lage führen und infolgedessen zu einer Besprechung der Frage der internationalen Ansehen und auch zu einer Behandlung der amerikanischen Frage. Der Korrespondent sagt, das Abkommen von Vologna, das die Grundfrage für das Studium der Reparationsfrage gewesen sei, habe durch die Veränderung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage ein neues Studium notwendig gemacht. Aus diesem Grunde dürfe man sich nicht wundern, wenn gewisse Fragen, die durch die Ereignisse noch nicht zur Reife hätten gelöhrt werden können, die Arbeiten des Obersten Rates besonders beliebt gestalten würden. Die

Stand des Haushalts wenigstens teilweise zu verbessern, bietet sich daher nur eine weitere Erhöhung der Gebührensätze da, wo der Tarif noch tragfähig erscheint und damit eine Abdrofflung des Verkehrs noch nicht befürchtet zu werden braucht.

Deutscher Reichstag.

105. Berlin, 22. Januar 1921. Zu Beginn der Sitzung, die Präsident Lobe eröffnet, ist das Haus außerordentlich schwach besetzt; die Zahl der Tribünenbesucher übersteigt die der amnestierten Abgeordneten.

Am Regierungstisch: Reichsfinanzminister Dr. Wirth. Der Gesetzentwurf über die Betriebsbilanz wird ohne Erörterung an den Ausschuss verwiesen.

Robelle zum Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920, die zur ersten Beratung steht, nimmt als erster Redner der Sozialdemokrat Abg. Keil

das Wort. Als eine Notwendigkeit habe sich die grundlegende steuerrechtliche Änderung zur Vermeidung der doppelten Besteuerung des Einkommens aus dem Kalenderjahr 1920 erwiesen. Ein Blick auf den Stand der Einziehung der großen Kriegsteuern zeige, daß wir uns den Luxus neuer steuerrechtlicher Schwereigkeiten nicht erlauben dürfen. Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, sagte der Redner, daß wir trotz des einseitigen Sturmes unbedingt auf dem Boden der Vorklage stehen. Die Nichterhebung der Beiträge für kulturelle Zwecke und politische Vereine bedeutet geradezu einen gleichbedeutenden Verlust. Redner tritt dem Vorschlag der Regierung, den Steuerzinsanteil von 500 auf 1000 Mark zu erhöhen, zwar bei, hält ihn aber für bisweilen nicht genügend. Was solle außerdem mit den Steuerhörschreibern werden? Beigetragen könnten sie nicht werden. Am besten wäre es, bis zu einem Einkommen von 30000 Mark alle Steuerreste zu streichen. (Beifall.) Wenn tagtäglich soviel Kräfte am Werke sind, den Krieg zu sponnen, können wir es nicht verantworten, gerade die wirtschaftlich Schwachen bis zum Zusammenbrechen hängen zu lassen. Wo bleibt die energische Durchführung der Besteuerung? Die Regierung wandelt schon fast im delirischen Fahrenwasser, der es durch seinen Erbsenprozess fertig gebracht hat, Erbsenbesitzer Nachfolger in Finanzangelegenheiten zu werden. Der Finanzminister, von seiner eigenen Partei ebenso wie von der Regierung verlassen, muß sich auf die Widerheit, auf die Sozialdemokratie stützen (Proteste links im Zentrum und bei der Rechten). Beim Reichsnotopfer hat Abg. Helfferich durchgesetzt, daß Zahlung in Kriegsanleihe zum Rennerwert gestattet wird, weil er früher verprochen hat, daß diese Anleihe für Steuerzwecke frei von Reich zu sein angenommen werde. Wie will Abg. Helfferich seinen übrigen Verpflichtungen während der Kriegszeit, daß die Feinde alle Schulden zahlen und wir goldenen Zeiten entgegengekommen würden, Geltung verschaffen? Wenn die übermäßige Begünstigung des landwirtschaftlichen Besitzes durch das Gesetz nicht aufgehört, wird der Ertrag des Reichsnotopfers in Frage gestellt. (Proteste rechts.) Wenn nun gar noch eine weitere Begünstigung durchgeführt wird, ist es kein Wunder, wenn Industrie und Privatkapital ähnliche Vorteile erfinden. Was soll da aus den Abgaben werden? Darum mache der Arbeiter im Februar zur Wahl die Augen auf, damit ihm nicht von der Rechten das Fell über die Ohren gezogen wird. (Bravo links.)

Abg. Helfferich (Dnt.): Das Einkommensteuergesetz habe zwar schon eine Reihe von Kindern bekommen, es behalte aber noch immer gute Aussicht auf weitere Kinder. Der ganze Weg der Veranlagung sei viel zu umständlich, zurzeit seien schon 55000 Beamte beschäftigt, die bei weitem nicht genügen. Wenn es gelänge,

Diplomaten haben sogar voraus, daß gewisse Fragen, denen gegenüber die Lage eine abwartende Haltung verlange und die man erst in einer kommenden Zeit beurteilen könne, mit einer gewissen Distanz behandelt werden müßten. Die Arbeiten des Obersten Rates würden also langwierig und kompliziert sein.

Die britische Politik in französischer Färbung.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ gibt sensationelle Berichte aus Paris über die Haltung Deutschlands solcher, wonach die britische Regierung die Absicht habe, Deutschland zu zwingen, den französischen Plan betreffend Teilszahlungen bei späterer Festsetzung der Gesamtentschädigungsumme anzunehmen. Dies hätte die Verantwortlichkeit in Deutschland gestreut. Dadurch, daß deutsche Presseberichterstatter verhindert würden, nach England zu gehen, würden von einer Gruppe deutscher Berichterstatter in Paris Nachrichten über die britische Politik in französischer Färbung nach Deutschland übermitteln, während die britische Regierung seit Monaten das größte Entgegenkommen bewiesen habe.

Italien will vermitteln.

Nur Pariser Konferenz schreibt, das „Giornale d'Italia“: Die italienische und die englische Regierung werden in höchster, aber fester Form in Paris zu verhandeln geben, sie könnten die letzte französische Note an Deutschland nicht billigen, hauptsächlich weil dieselbe abgelehnt worden ist, ohne vorher die Beschlüsse in Kenntnis zu setzen. Die Durchführung des Friedensvertrages ist eine interalliierte und nicht nur eine französische Angelegenheit. Das Blatt fährt fort: Die Meinungen Englands und Frankreichs gehen in der Frage der Reparation noch mehr auseinander. Der italienische Gesichtspunkt stimmt eher mit dem englischen überein. Die italienische Abordnung wird sich daher in den beiden Fragen der Entwaffnung und der Reparation betreiben, den französischen und den englischen Gesichtspunkt zu vereinigen, zugleich aber Deutschlands Wieder Aufbau zu ermöglichen. In der Orientfrage hingegen schließt sich Italien mehr dem französischen Gesichtspunkte an. In dieser Frage beweist England dieselbe Intransigenz wie Frankreich in Bezug auf die deutsche Entwaffnung. Die russische Frage ist vielleicht die aller schwierigste. Hier ist es wiederum Frankreich, das auf seinem Standpunkt beharrt, während Italien und England geneigt sind, unter den nötigen Voraussetzungen der tatsächlichen russischen Lage Rechnung zu tragen und Rußland beizuhelfen, damit es seine Rolle in der allgemeinen europäischen Wirtschaft wiederaufnehmen kann.

überall die Steuer gleich an der Quelle zu fassen, werde sich der Apparat viel einfacher gestalten. (Proteste und Zwischenrufe der Linken.) Die Linie solle ihm doch reuen, wenn an dieser Kulturvorgabe möglichst alle Parteien mitarbeiten. (Erneute Zwischenrufe der Linken, die Redner mit dem Bemerkten zurückweist, daß er sich auf Geschmackslosigkeit nicht einlasse.) Wenn Redner behauptet, unter seiner (Helfferich) Führung hätten alle Parteien gegen die Regierung im Ausschuss sich für den Aufbau der Besitzverhältnisse ausgesprochen, so sei allerdings richtig, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Abbaues Allgemeingut geworden sei. So wenig man an eines Kaisers Wort nicht drehen dürfe, so wenig dürfe das die Republik tun, deshalb sei er für die Möglichkeit eingetreten, Kriegsanleihe zum Rennerwert anzunehmen. Das das Reichsnotopfer anlange, so sei ja die Veranlagung noch gar nicht erfolgt. Gerade die kleinen Leute und den Mittelstand wolle er schützen. Redner verteidigt sich sodann gegen den Vorwurf der Kriegshöhe. Daß er an den Sieg geglaubt und für ihn gearbeitet habe, sehe er als eine Ehre für sich an. (Lärm und Zwischenrufe links.) Für die Bekämpfung der Güter wolle er den Beitrag als maßgebend eingeleitet haben, der sich aus den Ertragsdaten ergebe. Dafür könnten an dem Jahre von 1914 bis 1919 nicht als maßgebend angesehen werden. (Proteste links, Zurufe: Kartoffelpreise.)

Reichsfinanzminister Wirth

tritt entschieden dafür ein, politische Ausgaben nicht für Steuerfrei zu erklären und polemisiert sodann gegen Abg. Helfferich, dessen Vorwürfe gegen das Finanzministerium übertrieben seien. Andererseits nimmt er die von dem Abg. Keil angegriffenen Beamten seines Ministeriums in Schutz. Solange er an seinem Platze stehe, werde es Herrn Wirth Helfferich nicht gelingen, den Besitz von den Läden zu befreien, die ihm das Reich in seiner höchsten Not habe auferlegen müssen, über die Einkommensteuerrückstände aus 1920 werde er in entgegenkommendem Sinne im Ausschuss mitarbeiten. Besser sei es allemal, daß präventiv zu spielen, als zu spät zu kommen, wie es Herrn Helfferich mehrfach passiert sei. Redner schildert sodann das Zustandekommen des Reichsnotopfergesetzes, er habe sich dabei mit einer genaueren Individualisierung bei der Veranlagung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes einverstanden erklärt und es sehe auch alles nach Wunsch in dem Entwurf drin. Die Auffassung gegen die hier ausgesprochenen Grundsätze beruhe also auf einer Wacke. Augustbelegte seien die Jahre 1908-1919. Dem Antrag, die Kriegsjahre ganz fortzulassen, könne er nicht entsprechen. Jedenfalls werde die Ausschussberatung bald Klarheit schaffen.

Abg. Gempel (Z.) betont die Notwendigkeit eines Abbaues bei der Steuererhebung, aber eines allgemeinen Abbaues, nicht einer Begünstigung Einzelner.

Abg. Dr. Herz (Unabh.) meint, an dem Bestreben, die Wirkung der Besteuerung abzuschwächen, nähmen alle bürgerlichen Parteien in gleicher Weise teil. Und selbst das Zentrum arbeite seinem eigenen Minister entgegen, sobald dieser wo anders Weisand suchen müsse, man werde dem Zentrum also in Zukunft mit besonderem Mißtrauen begegnen müssen. Redner führt Beispiele dafür an, daß die Landwirtschaft für die Besteuerung völlig ungenügend veranlagt werde.

Abg. Becker-Hessen (D. Vp.): Daß die Doppelbesteuerung von 1920 beseitigt werde, sei eine Notwendigkeit, wie das gemacht werden solle, werde sich im Ausschuss ergeben. Die Interessen der deutschen Wirtschaft müssen geschützt werden der großen, wie der kleineren und der mittleren Interessenten, damit werden auch die Interessen der deutschen Arbeiter geschützt.

Abg. Döwck (Komm.) polemisiert gegen die Mehrheitssozialisten, die das Gesetz mit Haken machen wollen und die jetzt darüber lamentoieren.

Hg. Weymann (Dem.)
Da einem Abbau der Steuern können wir uns kommen, wenn wir neue indirekte Steuern einführen und das ist unmöglich. Ebenso sind wir gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer.

Hg. Dr. Heim (Baur. Sp.)
Die Angaben der Banken über zu große Begünstigung der Landwirtschaft stimmen nicht.

Reichsfinanzminister Birck
belegt, gerade gegen die Angriffe der Banken über zu große Begünstigung der Landwirtschaft lege er großen Wert auf Dr. Heims sachverständiges Urteil. Von Finanzminister habe lediglich die Aufgabe, die Organisation der Verwaltung im Sinne der Sparsamkeit und eines Abbaues der überflüssigen Beamtenzahl nachzuprüfen. Schon in den nächsten Tagen werde dem Hause ein Gesetzentwurf zugehen, der weitgehend mit den Organisationen aus der Kriegszeit übereinstimmt. Damit schließt die erste Beratung.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Im Laufe derselben erklärt Reichsfinanzminister Birck, er habe auf Grund der Vorwürfe gegen seine Beamten eine Nachprüfung ihrer Tätigkeit anstellen lassen, im allgemeinen sei nichts zu beanstanden gewesen und er stelle sich vor seine Beamten. Politische Parteilichkeit werde jedenfalls für ihn kein Hindernis sein, eventl. gegen einen lässigen Beamten einzusetzen.

Der Entwurf geht sodann an den Steuerausschuß. Montag mittags 1 Uhr Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 6 Uhr.

Habsburger, Hohenzollern und der griechische König.

In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des tschechischen Abgeordnetenhauses wurde an den Minister Dr. Benesch die Anfrage gestellt, ob die kleine Entente, die die beteiligten Staaten gegen eine eventuelle Rückkehr der Habsburger abgeschlossen haben, sich auch auf die Hohenzollern bezieht. Dr. Benesch antwortete auf diese Anfrage in dem Sinne, daß ein solcher Vertrag gegenüber den Hohenzollern wohl nicht besteht, daß aber unter den Ententemächten die Ueberzeugung herrscht, daß weder Wilhelm II. noch der Kronprinz auf den Thron zugelassen werden dürfen. Diese Ansicht zeichne sich auch während der Anwesenheit der Minister in Genf bei der Väterbundtagung. Aus diesem Standpunkt gegenüber den Hohenzollern geht die Politik gegenüber dem griechischen König Konstantin hervor, gegen den die Ententemächte solche Maßnahmen treffen werden, daß seine Stellung in den nächsten Monaten unhaltbar und seine Abdankung erzwungen werden wird.

Die Enthüllungen über die Rote Armee.

H. L. B. meldet aus Berlin: Auf Grund des bei den Durchsuchungen nach dem Verstecken einer Roten Armee am 19. d. M. in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Linen bei Dortmund gefundenen Beweismaterials und der Bekundnisse einzelner festgenommener ist, soweit die Ermittlungen bisher ergeben haben, als feststehend zu erachten, daß in Berlin eine militärische Leitung der Roten Armee besteht, die von der politischen R. P. D. ins Leben gerufen ist und die übergeordnete Stelle für mehrere Kommandobehörden bildet. Eine dieser Kommandobehörden befindet sich in Essen. Unter ihr stehen 4 Bezirksleitungen, nämlich in Essen, Remscheid, Düsseldorf und Aachen, die die Kommandobehörden für die entsprechenden örtlichen Bezirke sind. Der Bezirk Essen ist weiter in 3 Unterbezirke, Essen, Hamborn und Dortmund, gegliedert. Die Unterbezirke zerfallen in Kreise mit Kreisführern, die Kreise in örtliche Organisationen mit Ortsführern.

An der Gesamtorganisation ist seit Anfang Dezember 1920 in besonders verstärkter Weise gearbeitet worden. Die Organisation hat durchaus militärischen Charakter. Die Rote Armee wird unmittelbar von der R. P. D. organisiert. Die R. P. D. betrachtet sich gewissermaßen als ein Staat im kleinen mit Ressorts, wie Finanzwesen, Arbeitswesen, Zivilorganisationen, Militärwesen usw. Das Militärwesen teilt sich in die militärische Propaganda und die Militärabteilung. In der Militärabteilung sind eine Reihe von Ämtern aufgefunden worden, die sich auf die militärische Organisation beziehen. Außerdem wurde eine überaus große Anzahl von Mobilisationsplänen, Stempeln roter Formationen, kenographischen Verlauten über militärische Sitzungen, Nachrichten über Stärke des inneren Gegners, der als Feind bezeichnet wird, Meldungen der Unterführer an die Oberführer über die Zahl der Waffen der Orts- und Kreisbehörden, über Waffenlager usw. gefunden.

Nach dem vorgefundenen Beweismaterial sind leichte und schwere Waffen, sowie sonstiges Kriegesgerät in erheblicher Menge vorhanden. Aus einer Niederschrift ist zu erkennen, daß die bewaffnete Aktion im Anschluß an den Damborner Streik der Mülltarbeiter, der zum Generalstreik

veranlaßt werden sollte, geplant war. Auf Anweisung der Berliner Zentralleitung sollte indessen die geplante Aktion um vorläufig 14 Tage verschoben werden, weil eine Gesamtkonferenz im ganzen Reich zurzeit noch nicht für möglich gehalten wurde.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Wie steigt man die Kohlenproduktion? Von einem Bergbauüberwindigen wird auch geschrieben: Das Ruhrgebiet muß die Kohlenproduktion noch gewaltig steigern, um neben den Ansprüchen der Entente auch die des deutschen Wirtschaftslebens erfüllen zu können. Die Hauptaufgabe fällt dem mittleren Kohlenrevier zu, das Bochum als Mittelpunkt hat. Hier befinden sich die meisten Zechen. Sie werden ausgebaut und erweitert, um zu größerer Förderung befähigt zu sein. Bochum mit seinen zwanzig Schächten im westlichen, siebzehn im erweiterten Stadtgebiet (falls die Eingemeinderungsfrage in der einzig zweckmäßigen Weise gelöst wird) hat noch für dreihundert Jahre Kohlen. In der Stadt Bochum werden 520 Bergmannswohnungen durch den Stichtungsverband errichtet (Zweckhandgesellschaft), es steht damit oben, da man gerade von seinen Zechen noch viel erwartet. Neue Schächte werden hier angelegt, da hier das Dagebirge schwach ist. Im Norden mit seinem 800-1500 Meter hohen Dagebirge können keine neuen Zechen angelegt werden aus technischen und finanziellen Gründen. Solche Zechen würden sich nicht bezahlt machen. Da gleichzeitig auch der Steinkohlendamm im Ruhrgebiet selbst, wo noch 800 Millionen Tonnen Kohlen des Abbaues harren, wieder ausbleibt, so befindet sich das Schwerkriegsamt des Ruhrkohlenbergbaus in der alten Kohlen- und Eisenstadt Bochum. Der Stadt steht eine große Blüteperiode bevor, da sich neue Industriezweige ansiedeln wollen, die auf der Kohle beruhen. Viele Tausende ziehen zu. Da die jetzigen kommunalpolitischen Verhältnisse ein Hindernis ergeben, so muß hier die Regierung in großzügiger Weise neue kommunale Gebilde schaffen, indem die Landkreise mit den Stadtkreisen Bochum und Gelsenkirchen verschmolzen werden. Zwittrergebilde haben hier keinen Raum mehr.

Die Berliner Kirchenwahlen. Die Kirchenwahlen in Großberlin fanden am Sonntag unter großer Beteiligung statt. Zu einem Wahlsieg kam es nur in einem Teil der Gemeinde und zwar im Osten, Norden und Südosten und Moabit, ferner in Steglitz, Charlottenburg und Schöneberg, wo liberale und positive sich scharf gegenüberstanden. In allen bisher liberalen Kirchengemeinden und dort, wo sogenannte Gemeindefürsorge ausgetrieben waren, verlief die Wahl recht ruhig und ohne Ueberraschung. Da in den Gemeinden, wo mehrere Vorkandidaten eingereicht waren, nach der Verhältniswahl gewählt werden mußte, so liegt das Wahlergebnis noch nicht vor. Auch in der Provinz sind die Wahlen ruhig verlaufen.

Königsparade und „Rote Fahne“. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Die „Rote Fahne“ vom 22. d. Mts. veröffentlicht ein angebliches Dokument der Vaterländischen Königspartei. Das Schriftstück trägt alle Merkmale einer Fälschung. Die Angelegenheit wird einer genaueren Nachprüfung unterzogen und das Ergebnis der Dessenlichkeit mitgeteilt werden.

Die Feier des 10jährigen Bestehens des Reichsverbandes der deutschen Presse. Der Bezirksverband Berlin im Reichsverband der deutschen Presse beging am Sonntag mittags im Plenarsaal des Reichstages. Auf dem Präsidentenstuhl hatte der greise Vorsitzende des Verbandes, Chefredakteur Neumann Platz genommen. Unter den Gästen, die die Regierungsgäste befehligten, sah man den Reichsminister d. Reichspostminister Meißner, die preussischen Minister Fischer, Deier, Braun, ferner den Präsidenten Lohde und den Präsidenten des Reichswirtschaftsrates Edler v. Braun, den Rektor der Berliner Universität Geh. Rat Sedel, den Philosophen Geh. Rat Diels. In dem wohlgefüllten Auditorium sah man selbstverständlich die bekannten Berliner Journalisten. Chefredakteur Neumann eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache. Darauf sprach der Minister des Reichs Dr. Simons über Politik und Presse. Chefredakteur Georg Bernhard referierte über „Volk u. Presse“. In dem nun folgenden Vortrag des Geh. Rat Diels über „Wissenschaft und Presse“ forderte der Redner die Presse auf, weiterhin in der Wissenschaft in ihrer Tat zu helfen. Redakteur Lohde berichtete über die zehnjährige Tätigkeit des Reichsverbandes. Damit schloß die wirkungsvolle Feier.

Die Spaltung der Sozialisten. In der Sitzung des Sozialkongresses am Freitag wurden bei der Abstimmung 6628 Stimmen für die Unitarier, 5878 für die Sezessionsisten und 14695 Stimmen für die Konzentrationisten abgegeben. 881 Vertreter entzweiten sich der Abstimmung. Nach diesem Ergebnis verließen die reinen Kommunisten den Kongress. Sie begaben sich in einen anderen Saal, um die kommunistische Partei als italienische Sektion der R. Ju-

vernamenten zu vergrößern. Zum Schluss erzwang der Sozialkongress die Aufhebung der Parteiführung und die Wahl des Generals als Direktor des „Königs“. Widdmann erklärte der Präsident den Kongress für geschlossen.

Frankreich.
Ein kommunistisches Blatt. In der vorgestrigen Sitzung der Aktionäre der „Humanité“ ist beschlossen worden, das Blatt in den Händen der kommunistischen Partei zu lassen. 2011 Stimmen waren dafür, 1170 enthielten sich der Abstimmung.

Spanien.
Maßnahmen gegen den Terror. Ministerpräsident Dato erklärte, daß er angefaßt der fortwährenden (judikialischen) Klarentate des Cortes sofort nach ihrer endgültigen Konkludierung Maßnahmen zur Verhinderung der Unterbreitung werde, um den Terror wirksam bekämpfen zu können. Einführung der Altersversicherung.
Der Ministerrat hat die Einführung der Altersversicherung für Arbeiter beschlossen.

England.
Ein U-Boot untergegangen. Die Admiraltät gibt bekannt, daß das U-Bootboot 25 am 20. d. Mts. mit der gesamten Besatzung, ungefähr 65 Mann, hundert Meilen westlich Landens untergegangen ist.

Amerika.
Der Zentralamerikanische Bund. Was in der Vorkriegszeit mehrfach angedacht worden, jedoch über theoretische Behandlung nicht hinausgekommen ist, liegt jetzt als vollzogene Tatsache vor. Bevollmächtigte der mittelamerikanischen Staaten Kolumbien, Guatemala, Honduras, Nicaragua und San Salvador haben in der gleichnamigen Hauptstadt des sogenannten Bundes ein Abkommen über den Zentralamerikanischen Bund unterzeichnet. Die Einzelheiten der Vereinbarung sind einweilen nicht bekannt, jedoch darf angenommen werden, daß die wirtschaftliche Seite der Sache die politische überwiegt. Letztere hätte ohnehin nur sehr eingeschränkten Wert, denn sie könnte nur als Versuch einer Abwehr imperialistischer Jagd von Seiten einer Großmacht sich auswirken lassen. Daß ihm Erfolg beschieden sein würde, wäre freilich so gut wie ausgeschlossen, denn auch die verbündeten mittelamerikanischen Freistaaten repräsentieren keinen nennenswerten politischen Machtfaktor. Anders liegen die Dinge in wirtschaftlichem Betrach. Die durchgreifende Neuordnung der europäischen Verhältnisse wirkt bekanntlich auf die gesamte Weltwirtschaft ein, so zwar, daß unter anderem die südamerikanischen Republiken jetzt allgemein als wirtschaftliche Aufstiegsländer zu gelten haben. Neben so zukunftreichen Staatsgebilden würden die mittelamerikanischen Nachbarn einzeln sehr bald vollkommen bedeutungslos werden. Offenbar in dieser Erkenntnis ist nun ihr Zusammenschluß erfolgt, wobei andererseits auch die Neuorientierung der Vereinigten-Staaten-Politik nicht ohne Einwirkung gewesen sein dürfte. So mag eine gewisse Voraussicht auf handelspolitische Möglichkeiten der handlungsreichen Area mitbestimmend sein bei der Gründung des mittelamerikanischen Bundes.

Eine Stiftung Rockefeller. Nach einer Havas-Meldung aus New York hat der Sohn von Rockefeller eine Million Dollar für den Hilfsfonds zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit in Europa gestiftet.

Geschäftshaus

mit modernem freiverwendbaren Boden und Wohnung zur Hauptgeschäftsstraße gesucht, evtl. wird bestehendes Textilwarengeschäft, Konfektion, Wäsche, Kurz-, Weiß-, Wolllwaren mit übernommen, auch evtl. für Abtretung eines Lokals Abhandlung gezahlt. Ernsthaft Interessierte unter B. F. 4190 an Rudolf Wölke, Dresden.

Schleßklub.

Verren, die gewillt sind, einem gemüthlichen Schießklub beizutreten, werden gebeten, sich morgen Dienstag abends 8 Uhr im Restaurant „Gambrius“ einzufinden.
Vom Sonntag zu Montag ist eine goldene Damenuhr vom Bahnhof bis Schloß Seerhausen verloren worden. Es wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung im Bahnhof Seerhausen abzugeben.

Verrentschmied Donnerstag

ab 8 Uhr. Gebraucht verkauft. Abzugeben Gebra. Nr. 29.
Entlaufen.
Junger Hund, weiß und schwarz, am Sonntag, den 23. 1. abhanden gekommen. Gegen Belohnung abzugeben. Reithaus 17.
Junges Ehepaar sucht per 15. 2. möbl. Zimmer möglichst in Hochgelegentheit. Offerten unter N Y 6421 an das Tageblatt Meise.

Heimatsglück.

Roman von Ludwig Rohmann. 34

Ulrich kam auch am nächsten Tage nicht nach Dambigen. Walter hatte sich wirklich zur Abreise entschlossen und die Aufnahme, die sein Entschluß fand, ließ ihn erkennen, daß er damit das Rechte getroffen hatte. Wirklich überrascht war nur Ulrich und der schied den Weggang des Freundes auch zu bewahren. Er gab sich Mühe, ihn zum Bleiben zu überreden und auch Frau von Wamhoff bat, er möge doch ein paar Tage noch zuhause.

Wamhoff aber gab sich keine Mühe, den für ihn lästigen Gast zu halten.
„Also fort wollen Sie. Na, ich kann es Ihnen ja eigentlich nicht verdenken. Sie ertragen die Untätigkeit nicht und die Bangeweise unserer ländlichen Abgeschiedenheit ist auch nicht jedermanns Sache. Aber Ulrich muß schon noch hier bleiben, den brauche ich fürs erste noch und ist er erst einmal fort, dann weiß der Himmel, wann wir ihn wieder zu sehen kriegen.“

Walter fuhr am frühen Nachmittag und Ulrich brachte ihn selbst nach dem Bahnhof Hohenstein. Auf dem Rückweg hielt er dann Einkehr im Doktorhause, angeblich, weil er die Kräfte Walters zu befestigen hatte.
Als er nach Sonneberg zurückkam, war es Abend und für den Besuch in Dambigen zu spät geworden. Und am nächsten Morgen kam die Botschaft von Martha: „Ihr Vater sei morgens acht Uhr gestorben.“

9. Kapitel.
Prochnow war tot. Das ging wie ein Lauffeuer durch die Gegend, und wo zwei Menschen zusammen kamen, da sprachen sie davon. Prochnow war im Werber wie ein König gewesen; nicht wie einer, der nun über alle zu gebieten hat, aber doch einer, der durch seinen Besitz eine Macht übte, wie keiner sonst sie zu haben vermochte.

Und nun war er tot und man eilte sich überall zu Kondolenzvisiten und zur Beerdigung. Auf den Entschieden wurde tüchtig geschneidert und genäht, und die paar Nähmaschinen, die zu haben waren, wuchsen nicht, wo sie anfangen und aufhören sollten. Und bei der ersten Geschäftstour hatten die Leute unendlich viel zu schwagen. Vor allem war man neugierig, zu hören, was denn nun aus Dambigen werden sollte? Ob Martha das Gut halten werde? Ob sie es verkaufe oder gar aufteile? Denn das stand für alle fest, daß Martha am Dambigen wenig Gefallen fand.

Na, zunächst mußten die näheren Bekannten einmal nach Dambigen zur Kondolenz. Die Wagen kamen und gingen unanhaltlich, und Martha wußte sich kaum zu retten vor all den Leuten, die alle das gleiche sagten und das gleiche fragten und von denen doch nicht einer wirklich mit ihr empfand.

Jaroschin war natürlich einer der ersten. Er gab sich Mühe, ein ernstes, teilnehmendes Gesicht aufzusetzen und Martha auf seine Art Trost anzusprechen.
„Ist Du mein, ja, du bist er all dort, der arme Prochnow. Hat viel aushalten müssen und nun ist ihm wohl. Ist ja! Wer weiß auch noch, ob es die Toten besser haben als wir, was? Ja, ja, liebes Marthachen! Was ich nur abrigens sagen wollte: so ein Besitztum zu hinterlassen, schwer muß das sein. Bleibt hat er hier, wie der Herrgott von Warschau, hat keine Sorgen gehabt wie unser einer, und was ihm einfiel, das konnte er all ruhig auch tun. Ja, da mag das Sterben nicht leicht sein. Aber hat er denn nun etwas bestimmt, ich meine, was nun aus Dambigen werden soll?“

Martha sah ihn kalt an: „Nein.“
„Sieh mal an, also nicht. Na, es ist ja auch nicht nötig gewesen. Wo so eine Tochter da ist! Res, nee, das ist nun keine Schmelzelei. Ganz wie der selige Vater, jamohl. Außerdem der Dierken! Das ist ein Inspektorschen, wo ich gewachsen hat. Verlassen Sie sich man ganz ruhig auf den. Aber wissen Sie, ein Inspektor, wenn er noch so tüchtig ist, ein Herr ist er immer noch nicht, na, und wenn Sie denn mal einen Rat brauchen, kommen Sie ruhig zu mir, liebste Marthachen. Wahrscheinlich Gott, ich helfe Ihnen gern.“

Martha verzog den Mund zu einem spöttischen Grinsen. „Ich brauche keine Hilfe. Und auch keinen Rat.“
„Ja, um so besser.“ sagte er freundlich, obgleich er die Situation unbehaglich empfand. „Konnte mir es ja auch denken. War nicht böse gemeint. Aber wer weiß all, was so kommen kann, wenn Sie doch mal einen brauchen; oder wenn Sie einmal daran denken sollten, zu verkaufen, kommen Sie ruhig zum alten Jaroschin. Nicht, daß ich selbst kaufen könnte.“

„Du lieber Gott, man hat ja auch sein Teilchen und ein paar Kröten über die Notdurft sind auch da, aber der Gassen wäre mir doch zu groß.“
So im ganzen, verstehen Sie. Helfen aber will ich Ihnen gern. Die Güteragenten und was sich da sonst so heran macht, das sind gewisse Kerls, und wenn Sie auch klug sind, da kommen Sie nicht mit. Unserem aber kennt so die Schliche.“
„Ich werde nicht verkaufen.“
Jaroschin stand auf. „Es bräuchte ihn doch ein wenig aus der Fassung, daß Martha sich so unerschützt feindlich gan.“
„Na, denn um so besser. Wegen der Nachbarschaft, mein ich, und gute Nachbarschaft haben wir doch immer gehalten, was? Sie glauben gar nicht, wie meine Wanda sich darauf freut, Sie einmal wieder in Groß-Familie zu sehen.“
Martha war gleichfalls aufgestanden.
„Ich danke.“ sagte sie eilig. Dann blieb sie unbeweglich stehen und es entstand eine Pause, die selbst Jaroschin peinlich empfand. Schließlich reichte er Martha die Hand, um sich eiligst zu verabschieden.
„Na also denn auf Wiedersehen! Und nicht für unmut, wenn ich was gesagt haben sollte, was Ihnen nicht gefiel. Unser einer hat es nicht so mit dem Reden, aber im Herzen fühlt man es doch gerade so gut. Natürlich komme ich zur Beerdigung und Wanda bringe ich auch mit. Auf Wiedersehen, Marthachen, auf Wiedersehen!“
Martha sah ihn hinter nach. Jaroschin als Ratgeber und Freund, und Wanda als Freundin. Sie empfand das Angeboten wie eine Beleidigung. Er sollte nur wegen wiedergutkommen.
Auch die anderen Besucher wurden übrigens nur mit Mißvergnügen empfangen. Was gingen denn all diese Leute sie an, mit denen selbst ihr Vater nie eine wirkliche Gemeinschaft gehabt hatte?
Nur die einzigen, auf die sie in heftiger Sehnsucht wartete und deren Ausbleiben in erster Linie ihre schlechte Laune verschuldet hatte: die Wamhoffs, die kamen nicht. Das freizette nur ihre Reuevollst und ihre gornvolle Ungebild, und wer immer auch kam oder ging, gewann den Eindruck, daß es in Dambigen direkt heidnisch zugehe und daß auch nicht die Spur einer Welt-gelesen aber auch nur mäßigen Stimmung zu haben ist.“